



Medienmitteilung des SGBV vom 24. September 2017

Volk will starke einheimische Land- und Ernährungswirtschaft

Mit einer klaren und deutlichen Mehrheit hat das Volk JA zum Gegenvorschlag über die Ernährungssicherheit gesagt. Es ist ein Bekenntnis zur einheimischen Landwirtschaft. Bundesrat, Parlament und die Verwaltung erhalten nun einen klaren Auftrag. Das Kulturland soll besser geschützt werden, die produzierenden Betriebe sollen ein ausreichendes Einkommen erzielen können und die Stellung der Produzenten in der Wertschöpfungskette wird gestärkt.

Es zeichnete sich bereits im Vorfeld ab, dass der neue Artikel 104a in der Bundesverfassung beim Volk auf eine grosse Zustimmung stösst. Erfreulich und eine grosse Genugtuung für die Bauern ist schweizweit der hohe JA-Anteil von 79 Prozent. Das Thema Ernährungssicherheit hat die Leute bewegt und vielen ist bewusst geworden, dass das Vorhandensein von genügend Lebensmitteln nicht selbstverständlich ist. Mit immer weniger Kulturland und mit knapperen Wasservorräten müssen laufend mehr Menschen ernährt werden. Dazu kommt der spürbare Klimawandel. Die Schweiz hat den Auftrag, einen ihren Ressourcen entsprechenden Anteil zur Ernährungssicherheit beizutragen. Die Politik ist nun gefordert, bei den künftigen Diskussionen um die Landwirtschaft und die Ernährung den neuen Artikel 104a der Bundesverfassung als Grundauftrag zu berücksichtigen.

Der neue Artikel dient als Zielvorgabe für alle künftigen Gesetzes- und Verordnungsänderungen, welche die einheimische Land- und Ernährungswirtschaft betreffen. Die Arbeiten für die AP 2022 sind bereits im Gang. Der Volksentscheid kommt daher zur richtigen Zeit. Bei der Ausarbeitung der kommenden Agrarpolitik ist der Volksentscheid als klarer Auftrag zu verstehen. Die langfristige Sicherung von einer Million Hektaren Kulturland in der Schweiz ist eine Richtgrösse. Im Kanton St.Gallen liegt diese bei 71'000 Hektaren. Die Schweiz soll sich auch in Zukunft zu einem möglichst hohen Anteil selber ernähren können. Der aktuelle Nettoselbstversorgungsgrad von 55 Prozent ist eine Zielgrösse und darf nicht unterschritten werden.

Das kantonale Abstimmungskomitee hat mit Spannung das Ergebnis im Kanton St.Gallen erwartet. Obwohl landesweit weder von politischen Parteien noch von irgendwelchen Organisationen eine offizielle Gegenkampagne geführt wurde, war dies im Kanton St.Gallen anders. Die Delegierten der grössten Partei des Kantons sprachen sich gegen die Ernährungssicherheit aus und auch die grösste Tageszeitung im Kanton bekämpfte ganz offiziell den Gegenentwurf. Bei dieser Ausgangslage ist der JA-Anteil von 72.1 Prozent im Kanton St.Gallen umso mehr als grosser Erfolg für die Landwirtschaft und den Bauernverband zu werten. Für den Bauernverband sowie für die Verwaltung und die Behörden im Kanton ist der klare Volksentscheid ein Bekenntnis zur einheimischen und produzierenden Landwirtschaft. Er schafft für die Land- und Ernährungswirtschaft die notwendigen und längerfristigen Perspektiven.

Rückfragen:

Peter Nüesch, Präsident, Tel. 071 720 12 04, Mobile 079 696 00 20

Andreas Widmer, Geschäftsführer, Tel. 071 983 39 60, Mobile 079 358 62 64